

Ein globaler Finanzausgleich ist dringend nötig

12.12.2017 [Artikel Online Ansehen](#)

Im Kanton Zürich gibt es einen Finanzausgleich, wo wenige reiche Gemeinden, meistens am Zürichsee gelegen, den ärmeren Gemeinden und Städten finanziell unter die Arme greifen. Sie finanzieren Schulen, Schwimmbäder, Turnhallen und Kulturfeste, damit trägt man in der Schweiz dem Solidaritätsgedanken auf hohem Niveau Rechnung.

Sogar die reichen deutschen Bundesländer haben das gleiche System. Dort sind es die Bundesländer Bayern und Baden-Württemberg, welche die Hauptlast tragen. Sie finanzieren die deutsche Hauptstadt Berlin, dazu andere Bundesländer, vor allem solche im Osten, deren Bevölkerung es schlechter geht.

Die Europäische Union mit Hauptsitz in Brüssel kann nicht zurückstehen. Milliarden von Euro, die vor allem von Deutschland, Frankreich und den Niederlanden bezahlt werden, fliessen jährlich in die ärmeren EU-Staaten, sei es an das Mittelmeer oder nach Osteuropa. Theo Waigel, ehemaliger Bundes-Finanzminister Deutschlands, erwähnte am letzten Monat am Wirtschaftswunder-Vortrag in Liechtenstein, Ungarn erhalte jährlich 5.5 Milliarden Euro, Polen 11 Milliarden Euro aus Brüssel.

Die Schweiz trägt mit ihrer „Kohäsionsmilliarde“, die in Wirklichkeit 1,3 Milliarden Franken sind, zu diesem Programm bei. Ich persönlich unterstütze diese Zahlung der Schweiz, würde bei den Verhandlungen mit der EU aber erstens selbstverständlich entsprechende Gegenleistungen zu Gunsten der Schweiz verlangen und zweitens genaue Auskunft darüber, wie diese Summen verwendet werden. Die allgemeinen Floskeln von heute aus Bern sind nicht zielorientiert und schon gar nicht kontrollierbar. Ein grosser Preis für die Schweizer Bürger für ein nicht näher beschriebenes Produkt. Wer würde mit dem eigenen Geld so handeln?

Ich plädiere als Präsidentin einer der grossen Privatstiftungen für weltweite Entwicklungshilfe und für einen globalen Finanzausgleich, denn anders werden wir für die ärmsten Menschen keine nachhaltigen Verbesserungen ihrer Lebensbedingungen erreichen. Die reichen Staaten dieser Erde, die mehrheitlich in der OECD vereinigt sind, müssen, wie die reichen Gemeinden und Kantone der Schweiz, die reichen deutschen Bundesländer und die reichen Staaten der EU, Milliarden aufbringen, um unter anderem Afrika für die Afrikaner lebenswert zu gestalten.

Es gibt tausend Gründe, dies nicht zu tun, aber es gibt nur einen Grund, es zu tun: Die Solidarität der reichen Schweiz und der reichen Industriestaaten. Wir müssen mit Know-how und finanzieller Hilfe den Menschen in ihrer Heimat auf die Beine helfen; immer unter Einbezug angebrachter Eigenleistung.

In vielen afrikanischen Staaten ist die Mehrheit der Menschen unter 30 Jahre alt. Also tatkräftig und stark. Und dort müssen wir gemeinsam die Produktivität steigern und die Ärmsten durch Bildung mit in die Leistungskette miteinbeziehen. Die Frage, warum helfen die ultrareichen Afrikaner ihren Landsleuten nicht, ist absolut berechtigt. Ethnologen und Soziologen haben tausend Antworten und Erklärungen. Tatsache ist, wenn die reiche Welt in Afrika nicht schnell und effektiv hilft, wird aus dem afrikanischen Problem ein europäisches.

IN\$IDE PARADEPLATZ

FINANZNEWS AUS ZÜRICH

Ein talentierter Nigerianer, geboren in den USA, der 35jährige Schriftsteller Uzodinma Iweala, hat vor wenigen Wochen die Forderung erhoben: „Europa muss 97 Trillionen Dollar an die Afrikaner zurückzahlen, um die Schäden zu ersetzen, die es mit der 400jährigen Kolonisierung angerichtet hat.“

Er weigere sich als Afrikaner, einen Dollar an Hilfe anzunehmen, wenn man ihm tausend Dollar gestohlen habe. Die Medien in der deutschen Schweiz haben bisher darauf verzichtet, über diese Forderung zu berichten, aber in der Francophonie gehen die Wellen hoch.

Was für Afrika gilt, trifft für weite Teile Süd- und Mittelamerikas und auch in Indien wie Asien zu. Wir stehen erst am Anfang dieser neuen Ära; sie ist das Ergebnis einer unzulänglichen Hilfe bisher.

Wenn die Menschen in ihrer Heimat, in der sie in aller Regel leben möchten, völlig menschen- und lebensunwürdig leben müssen, werden sie sich in einer Zeit, in der die mediale Verbreitung wunderbarer Fotos und Filme den letzten Winkel der Welt erreicht, aufmachen, um ein besseres Leben zu finden. Auch wenn tausende Menschen auf der Flucht umgekommen sind, so ist die Migration heute trotz aller Risiken erstrebenswerter. Und das Ziel ist meist Europa.

Den reichen 300 Millionen Menschen dieser Welt, darunter auch die Bewohner der Schweiz, stehen eine Milliarde Menschen gegenüber, die von meinem Freund Paul Collier von der Oxford University als „The bottom billion“ bezeichnet werden. Professor Collier ist heute einer der bedeutendsten Wissenschaftler der Welt auf dem Gebiet der globalen Hilfe. Er unterscheidet klar zwischen afrikanischen Entwicklungsländern, die spürbare Fortschritte gemacht haben, und anderen afrikanischen Staaten, deren Situation sich in den letzten 30 Jahren noch massiv verschlechtert hat.

Aber er sieht Lösungsansätze, wenn sich die G20-Staaten auf konzertierte Aktionen einigen können. Ich persönlich habe allerdings bei der unterschiedlichen Interessenlage der G20 von Deutschland, Türkei, China, Saudi-Arabien, Mexico, Russland, England und Italien, um nur einige zu nennen, grosse Bedenken, da die Individualinteressen zu verschieden sind. Viel realistischer – und das ist schon schwierig genug – sind die gemeinsam zu vereinbarenden Zielsetzungen und Hilfsaktionen der europäischen Länder.

Diese Lösungsansätze müssen koordiniert, professionell und unter Einbezug der afrikanischen Eigenverantwortung angegangen werden. Mitleiderregende Bilder berühren uns alle, dürfen aber auf nationaler- und internationaler Ebene bei den Strategien, diesen Ländern aus der Armut zu helfen, keine massgebliche Rolle spielen. Die Erfahrungen und Erkenntnisse der letzten 60 Jahre Entwicklungshilfe und die Analyse, wo Milliarden mit teilweise guter Absicht einfach verbrannt wurden, müssen bei den zukünftigen Massnahmen mit einfließen.

Die drei Grundsätze Don't preach, don't threat, don't bribe müssen in Verbindung mit angepasster Bildung und Eigenleistung angewendet werden, will man der destruktiven und unsozialen Spirale der Armut entkommen.

Wir können uns auch nicht dahinter verstecken, dass die afrikanischen, asiatischen und viele lateinamerikanische Eliten selbst wenig getan haben für das Wohlergehen der Menschen, die sie gewählt haben. Eric Gujer, Chefredaktor der „Neue Zürcher Zeitung“, sagte im November in Zürich: „Der einzige Staat, der die Armut in der Welt in den letzten zwanzig Jahren erheblich gesenkt hat, ist China.“

Das dürfen wir Menschen im freien Westen nicht auf uns sitzen lassen. Es geht nicht nur um die Zukunft der Afrikaner, denn deren Zukunft ist auch die Zukunft unserer Kinder in Europa.